

# Transparenz soll Finanzmarkt sicher machen

**Kreis Gütersloh** (gl). Ralph Brinkhaus (CDU, Bild) ist seit September 2009 der direkt gewählte Bundestagsabgeordnete im Wahlkreis Gütersloh. Er wurde von seiner Fraktion zum Berichterstatter unter anderem für Kapitalmarktfragen gemacht. Damit begleitet er federführend alle Gesetzesinitiativen, die das Thema Bankenregulierung und Kapitalmarkt betreffen.

Derzeit wird sowohl auf Bundesebene als auch auf europäischer und auf internationaler Ebene mit Hochdruck an einem umfangreichen Maßnahmenpaket gearbeitet, das die Stabilität und Sicherheit der Finanzmärkte dauerhaft erhöhen soll. „Es gilt,

Lehren aus der Finanzmarktkrise zu ziehen und die Gefahr derartiger Krisen zukünftig zumindest zu verringern“, heißt es in einer Mitteilung von Brinkhaus.



Im Rahmen dieses Maßnahmenpakets habe der Bundestag zunächst ein Gesetz zur besseren Aufsicht über die Rating-Agenturen verabschiedet. Brinkhaus erläutert: „Diese Agenturen haben im Rahmen der Finanzmarktkrise keine rühmliche Rolle gespielt.“ Zukünftig wird die Bundesanstalt

für Finanzdienstleistungsaufsicht in der Lage sein, die Arbeit der Agenturen zu überprüfen. „Gerade höhere Transparenz ist ein wesentliches Element, um das Eintreten von Krisen auf diesen hochsensiblen – die ganze Welt betreffenden – Märkten unwahrscheinlicher zu machen“, fügt der Unionspolitiker hinzu.

Kürzlich hat der Bundestag ein weiteres Gesetz verabschiedet, an dem Brinkhaus federführend mitgewirkt hat: das Gesetz über die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an Vergütungssysteme von Finanzinstituten. Es verpflichtet Banken und Versicherungen dazu, ihr Vergütungssystem transparent zu gestalten sowie

am nachhaltigen Unternehmenserfolg auszurichten. Wenn ein Institut in eine Schieflage gerät, können die Aufsichtsbehörden künftig die Auszahlung von Vergütungsbestandteilen – wie zum Beispiel Boni – einschränken oder untersagen. „Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass unangemessen hohe, vor allem aber rein auf kurzfristige Gewinne ausgerichtete Boni zu einer hohen Risikobereitschaft führen“, erläutert Brinkhaus. „Das war einer der Auslöser der Finanzkrise.“ In einigen Fällen seien hohe Boni sogar dann noch ausgezahlt worden, als Institute sich schon in Schieflagen befanden. Künftig gehe das nicht mehr.